

Union und FDP bringen sich in Position

Koalitionsverhandlungen Am Montag beginnen die Gespräche. CSU pocht auf Eigenständigkeit

VON MARTIN FERBER

Berlin Eine neue Ära beginnt in Berlin, doch erst einmal ist es der Tag der altbekannten Gesichter. Zwei Tage nach der Bundestagswahl konstituieren sich die zukünftigen Regierungsfractionen – und die neuen Chefs bei CDU, der CSU-Landesgruppe und der FDP sind die alten. Volker Kauder, Peter Ramsauer und Guido Westerwelle treten erneut an und werden mit großen Mehrheiten in ihren Ämtern bestätigt. Das Signal ist eindeutig: In Zeiten des Regierungswechsels ist erst einmal Kontinuität angesagt. Und Geschlossenheit.

Das Selbstbewusstsein der Abgeordneten ist enorm, die beiden Regierungsfractionen können vor Kraft kaum laufen. Beide sind im Vergleich zur letzten Legislaturperiode deutlich gewachsen, die Unionsfraction von 226 auf nunmehr 239 Sitze, die FDP-Fraction gar um die Hälfte von 61 auf 93 Sitze. Diese völlig unerwartete Explosion der Mandate macht die Liberalen erst einmal heimatlos. Ihr bisheriger Fraktionssaal in der dritten Ebene des Reichstagsgebäudes ist viel zu klein, die konstituierende Sitzung findet in einem schlichten Sitzungssaal im ersten Stock des Jakob-Kaiser-Hauses statt, aber auch dieser fasst die Abgeordneten kaum.

„Die Wähler haben uns nicht fürs Schweigen gewählt“

Entsprechend groß sind die Erwartungen an die Koalitionsverhandlungen und an die neue Regierung Merkel/Westerwelle. „Klare Konturen“ fordern die Christdemokraten wie die bayerischen Christsozialen, ein „sichtbares liberales Profil“ die Liberalen. Und beide berufen sich dabei auf das Wahlergebnis. „Ich erwarte eine deutliche liberale Handschrift in den Bereichen Steuern, Bürgerrechte, Gesundheit und Familie“, bringt es die bayerische FDP-Generalsekretärin Miriam Gruß aus Augsburg gegenüber unserer Zeitung auf den Punkt, die FDP habe einen „klaren Wählerauftrag“ erhalten, den es zu erfüllen gelte. Noch deutlicher wird ihr baden-württembergischer Parteifreund Michael Link aus Heilbronn. Es könne nicht sein, dass Angela Merkel schon vor Beginn der Verhandlungen festlege, was mit ihr

gehe – und was nicht, kritisiert er. „So funktioniert das nicht.“ Die FDP habe zwei Millionen Wähler mehr als vor vier Jahren: „Die haben uns nicht fürs Schweigen gewählt.“

Doch die Christdemokraten kontern: „Es muss immer der Hund mit dem Schwanz wackeln – und nicht der Schwanz mit dem Hund“, sagt das CDU-Bundesvorstandsmitglied Axel E. Fischer gegenüber unserer Zeitung. „Die FDP wird hart verhandeln“, prophezeit der Karlsruher Abgeordnete, gleichwohl sei die Ausgangslage der Union aus seiner Sicht klar: „Wir machen keine Klientelpolitik, sondern Politik für die breite Bürgerschaft.“ Dies bedeute, dass man bei allen Entscheidungen die Folgen für die gesamte Bevölkerung im Blick haben müsse und nicht nur Einzelinteressen.

Es ist unübersehbar: Union und FDP bringen sich in Position und formulieren selbstbewusst ihre Ansprüche an die zukünftige Regierung. Beide Seiten treffen erste Vorbereitungen für die Koalitionsverhandlungen, die am kommenden Montag beginnen sollen. So trifft sich CSU-Chef Horst Seehofer am Dienstagvormittag mit seiner CDU-Kollegin Angela Merkel zu einem Vier-Augen-Gespräch, um die Linie der beiden Schwesterparteien abzustimmen. Er weiß: „Koalitionsgespräche sind nie leicht.“ Sie würden aber „konstruktiv ablaufen“, versichert er. Insgesamt sei er mit der Lage „sehr zufrieden“, lächelt er die Probleme seiner Partei nach dem schlechten Abschneiden bei der Bundestagswahl klein.

Gleichwohl deuten sich bereits erste Differenzen zwischen CDU und CSU an. Während Merkel davon spricht, dass die Union als eine Partei mit der FDP verhandele, besteht Seehofer auf die Eigenständigkeit der bayerischen Schwester: „Wir sind drei Parteien und werden in engem Schulterschluss mit der CDU verhandeln.“ Die CSU werde daher genauso viele Delegationsmitglieder stellen wie die CDU. So sieht es auch der Augsburger CSU-Parlamentarier Eduard Oswald: „Die CSU geht als gleich starker Partner in die Gespräche mit CDU und FDP.“ Ziel seien Verhandlungen in „partnerschaftlicher Atmosphäre“, denn: „Unser Land steht vor gewaltigen Herausforderungen.“